

Niederschrift
über die Gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses
(20. Sitzung) mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss (19. Sitzung)
am 18.10.2022

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:31 Uhr

Anwesend:

Jugendhilfeausschuss

CDU

Herr Steve Kuhlmann

Herr André Langeworth

SPD

Frau Regine Weißenfeld

Vorsitzende & Sitzungsleitung

Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne

Herr Joachim Hood

Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Leo Knauf

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Herr Manuel Bisevac

Frau Ulrike Bülter

Frau Melanie Hoffmann

Herr Ingo Nürnberger

Frau Gabriele Stillger

Frau Silvia Szacknys-Kurhofer

Herr Oliver Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christian Arendt

Herr Jochen Hanke

Frau Gabriele Beckmann

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Malte Hausmann

Frau Kirsten Hopster

Herr Ralf Müller

Herr Matthias Rotter

Herr Benjamin Varnholt

Frau Daniela Wollenberg

Sozial- und Gesundheitsausschuss

CDU

Frau Dr. Christiana Bauer
Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Frau Ursula Schineller
Herr Michael Weber

SPD

Herr Melchior Fluhme
Frau Sylvia Gorsler
Frau Regine Weißenfeld
Frau Miriam Welz

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne
Herr Serafin Eilmes
Herr Joachim Hood

Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Leo Knauf

Die Partei

Herr Christian Loth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Gäste

Herr Ulrich Paus

AG Wohlfahrtsverbände

Verwaltung/ Sonstige

Frau Silke Aron
Herr Jakob Bergen
Herr Stephan Doodt
Herr Volker Flachmann
Frau Annette Jankow
Frau Gisela Krutwage
Herr Sven Schloemann
Frau Britta Zimmermann

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Schriftführung

Frau Mareike Honerkamp

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Bestellung der Schriftführung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (JHA) und des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zur gemeinsamen Sondersitzung zum Thema „Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023-2025“. Nach Absprache mit der Vorsitzenden des SGA, Frau Gorsler, übernehme sie als Vorsitzende des JHA die Sitzungsleitung.

Frau Weißenfeld stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses fest. Frau Gorsler stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 19. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

Vorsitzende Frau Weißenfeld informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass für die gemeinsame Sondersitzung zwei Änderungsanträge vorliegen. Es handelt sich hierbei um den Änderungsantrag der CDU (Drucksachen-Nr. 4944/2020-2025) und um den Änderungsantrag der Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke (Drucksachen-Nr. 4930/2020-2025). Die Tagesordnung sei um die als Tischvorlage zur Verfügung gestellten gemeinsamen und für beide Gremien wortgleichen Änderungsanträge der politischen Parteien zu erweitern.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um TOP 2.1 „Änderungsantrag der CDU zur Sondersitzung JHA/ SGA TOP 2 „Informationen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023-2025“ (Drucksachen-Nr. 4944/2020-2025) und um TOP 2.2 „Änderungsantrag der Fraktionen "SPD", "Bündnis 90/ Die Grünen" und "Die Linke" zu Informationen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 – 2025“ (Drucksachen-Nr. 4930/2020-2025) erweitert.

- einstimmig beschlossen. –

-.-.-

Weiterhin bittet Frau Weißenfeld um Benennung der Schriftführung für diese Sondersitzung.

Die Verwaltung schlägt vor, Frau Mareike Honerkamp, Amt für Jugend und Familie – Jugendamt-, zur Schriftführerin der gemeinsamen Sondersitzung von Jugendhilfeausschuss und Sozial- und Gesundheitsausschuss zu bestellen.

Beschluss:

Frau Mareike Honerkamp wird zur Schriftführerin der gemeinsamen Sondersitzung von Jugendhilfeausschuss und Sozial- und Gesundheitsausschuss bestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Informationen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 – 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4352/2020-2025

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass die Änderungsanträge der CDU sowie der Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke gemeinsam unter TOP 2 beraten werden.

Herr Hood stellt den gemeinsamen Änderungsantrag der Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke zur vorliegenden Liste der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vor, bei der eine weitere Priorisierung der einzelnen Positionen durch die Verwaltung vorgenommen wurde. Der Änderungsantrag sei in Gesprächen mit unterschiedlichsten Trägern sowie innerhalb der Koalition vor dem Hintergrund der Haushaltssituation der Stadt Bielefeld intensiv beraten worden.

Zu Punkt 3 erklärt er, dass die Förderung der mit B markierten Positionen zwar wünschenswert sei, allerdings aufgrund der Begrenzung der finanziellen Mittel aus Sicht der Koalition nicht berücksichtigt werden kann.

Mit dem Änderungsantrag können wie in den Vorjahren große finanzielle Mittel in das soziale Netzwerk in Bielefeld investiert werden. Ob diese Entscheidung bis zu den Haushaltsberatungen im Dezember 2022 haltbar bleibt, könne zum aktuellen Zeitpunkt angesichts der Energiekrise noch nicht abschließend beurteilt werden. Herr Hood weist darauf hin, dass vor dem Hintergrund einer drohenden Rezession möglicherweise auch in den Haushaltsberatungen der kommenden Jahre Neubewertungen im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vorgenommen werden müssten.

Mit ihrem Antrag folge die Koalition der Position der Verwaltung zur Priorisierung der Maßnahmen. Das soziale Netzwerk in der Stadt Bielefeld werde weiter ausgebaut und er hoffe in der heutigen Sondersitzung auf eine große Zustimmung des Änderungsantrages der Koalition.

Anschließend erläutert Herr Copertino den Änderungsantrag der CDU. Es könne angesichts der prekären Haushaltssituation in Bielefeld nicht nachvollzogen werden, dass jährlich zusätzliche Leistungen von über 700.000 € bereitgestellt werden sollen. Die CDU stehe zum Institut der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen, habe diese immer mitgestaltet und zu Beschlüssen mit einer breiten Mehrheit beigetragen.

Allerdings halte die CDU daran fest, dass ausfallende Landesmittel nicht von der Stadt Bielefeld übernommen werden sollten. Daher habe sich die CDU bereits im Vorfeld der Beratungen damit schwergetan, der Anlage B zuzustimmen. Aus dem Integrationsbudget finanzierte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen wurden und werden in die nächste Laufzeit der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen übernommen. Aus Sicht der CDU sei dies keine Selbstverständlichkeit und solle keine Automatismen nach sich ziehen.

Aus diesem Grund könne die CDU nur Leistungen zustimmen, die in der Planung für die jeweiligen Haushaltsjahre bereits berücksichtigt worden sind. Es handele sich hierbei um 574.021,00 € im Jahr 2023, um 616.251,00 € im Jahr 2024 und um 660.220,00 € im Jahr 2025. Allen

darüberhinausgehenden Leistungen könne die CDU nicht zustimmen. Ferner sollte die Fachverwaltung eine weitere Priorisierung der Leistungen vornehmen. Dabei könne der Schwerpunkt auf Angeboten liegen, die der Erziehungs- und Familienberatung sowie der Jugendarbeit dienen. Dem Antrag der Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke könne die CDU allenfalls in Punkt 3 zustimmen. In Hinblick auf Punkt 4 deren Antrages betont Herr Copertino, dass die Mittel aus dem Integrationsbudget Projekten zugeordnet werden sollten, die der Integration dienen. Abschließend bittet er die Gremien um Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU.

Herr Nürnberger bedankt sich bei den Fraktionen für die intensive Vorbereitung zum Thema der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sowie für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Ferner weist er darauf hin, dass der von der Verwaltung in der Anlage zur Vorlage dargestellte Mittelbedarf die zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung bekannten Kalkulationsgrundlagen berücksichtigt und als Höchstbetrag zu verstehen sei. Sollte sich im weiteren Verlauf herausstellen, dass der Mittelbedarf geringer sei, werde die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung auch lediglich den geringeren Mittelbedarf umfassen. Beispielsweise nennt Herr Nürnberger Mieterhöhungen aufgrund von Umzügen von Trägern, die unter Umständen nicht oder nicht in der zunächst angedachten Höhe zum Tragen kämen.

Frau Wend, Herr Gugat und Frau Hopster sprechen sich für den gemeinsamen Änderungsantrag der Koalition aus und betonen dabei, wie wichtig die Investitionen im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen für das soziale Netzwerk in Bielefeld sowie die Wohlfahrtspflege und Verbände gerade in Krisenzeiten seien.

Herr Müller vom Bielefelder Jugendring übt Kritik an der aktuellen Liste der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen. Im Vorfeld sei darum gebeten worden, dass die Träger sich mit Problemanzeigen zurückhalten sollen. Diese Bitte habe er an die Träger des Bielefelder Jugendrings weitergegeben. Auf der aktuellen Liste fänden sich allerdings weiterhin Maßnahmen mit Problemanzeigen. Generell halte er es für gut, in die soziale Infrastruktur der Stadt Bielefeld zu investieren, allerdings könne er nicht widersprüchlich seiner Bitte an die Träger des Bielefelder Jugendrings für die aktuelle Liste stimmen. Aus diesem Grund werde er sich bei der kommenden Abstimmung enthalten.

Herr Knauf mahnt zur Sparsamkeit in guten Zeiten, um in schwierigen Zeiten Investitionen tätigen zu können. Seiner Ansicht nach fehle dieses Denken in der Koalition, wie sich auch schon in den letzten Haushaltsberatungen gezeigt habe. Daher werde er den Antrag der Koalition ablehnen und stattdessen für den Antrag der CDU stimmen.

Im Namen des Fachbeirates für Mädchenarbeit stellt Frau Stillger positiv heraus, dass Angebote für Mädchen und junge Frauen in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen nun in die Priorisierung A aufgenommen worden seien. Sie kritisiert allerdings, dass es im 21. Jahrhundert noch immer notwendig sei, vehement für die Aufstellung eines geschlechtergerechten Haushaltes einzutreten. Dies solle für die Politik in der Zukunft und auch für die nächste Haushaltsaufstellung ins Aufgabenprofil mit aufgenommen werden.

Abschließend stellt Frau Weißenfeld den Änderungsantrag der CDU zur Abstimmung. Dabei erfolgt die Abstimmung des Jugendhilfeausschusses und des Sozial- und Gesundheitsausschusses nacheinander.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine weitere fachliche Priorisierung dergestalt vorzunehmen, dass Angebote in Anspruch genommen werden, die sich im Rahmen der für die jeweiligen Haushaltsjahre bereits berücksichtigten Beträge bewegen (2023 574.021,00 €, 2024 616.251,00 € und 660.22,00 €).

Der Schwerpunkt könnte dabei gesetzt werden auf Angebote, die der Erziehungs- und Familienberatung und Jugendarbeit dienen.

- Ergebnis JHA: mit Mehrheit abgelehnt –
- Ergebnis SGA: mit Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt -

Auf Bitte der CDU wird beim Änderungsantrag der Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke getrennt über die Punkte 1, 2 und 4 sowie über Punkt 3 abgestimmt.

Frau Weißenfeld stellt die Punkte 1, 2 und 4 zur Abstimmung. Der Jugendhilfeausschuss sowie der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmen nacheinander über den Änderungsantrag der Koalition ab.

Beschluss:

- 1. Die in der Anlage aufgeführten Positionen, die mit A gekennzeichnet sind und bereits im Haushalt berücksichtigt sind – mit einem Gesamtvolumen von 574.021 Euro – finden ausnahmslos Zustimmung.**
- 2. Die in der Anlage angeführten Positionen, die mit A gekennzeichnet sind und noch nicht im Haushalt berücksichtigt sind – mit einem Gesamtvolumen von 716.254 Euro – werden in den Haushalt eingestellt. Dabei müssen die Positionen, die bereits mit der Beschlussvorlage 4670/2020-2025 durch den HWBA am 29.09.2022 beschlossen wurden, gestrichen werden, so dass eine doppelte Finanzierung vermieden wird.**
- 4. Der noch verbleibende Rest von mindestens 112.000 Euro aus dem Integrationsbudget (siehe Beschlussvorlage 4767/2020-2025/1) wird für die Finanzierung der hier unter Punkt 2 beschriebenen Positionen benutzt.**

- Ergebnis JHA: abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit und einigen Enthaltungen beschlossen –
- Ergebnis SGA: abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen –

Anschließend stellt Frau Weißenfeld Punkt 3 zur Abstimmung. Auch hier

stimmen beide Ausschüsse nacheinander ab.

Beschluss:

3. Die in der Anlage aufgeführten Positionen, die mit B gekennzeichnet sind, finden keine Berücksichtigung im Haushalt.

- Ergebnis JHA: abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen –
- Ergebnis SGA: abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen –

Zu Punkt 2.1 Änderungsantrag zur Sondersitzung JHA/SGA TOP 2 „Informationen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 – 2025 (Antrag der CDU-Fraktion vom 18.10.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4944/2020-2025

TOP 2.1 wird unter TOP 2 beraten.

Zu Punkt 2.2 Änderungsantrag der Fraktionen "SPD", "Bündnis 90/ Die Grünen" und "Die Linke" zu Informationen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4930/2020-2025

TOP 2.2. wird unter TOP 2 beraten.

Frau Weißenfeld schließt die gemeinsame Sondersitzung des JHA und des SGA um 16: 31 Uhr.

Bielefeld, 21.10.2022



(Vorsitzende JHA & Sitzungsleitung)



Mareike Honerkamp (Schriftführerin)

gez. Sylvia Gorsler (Vorsitzende SGA)